

Kleine Anfrage 2617

des Abgeordneten Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

Rathaus-Neubau in Blankenfelde-Mahlow, Beanstandung durch Bürgermeister

In der Plenarsitzung am 05.04.2017 stellte ich in der Fragestunde die Mündliche Frage Nr. 827 (Drs. 6/6321). In dieser ging es um die Bewertung einer durch den Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow vorgenommenen Beanstandung eines durch die Gemeindevertretung nicht gefassten Beschlusses. Gemäß § 55 BbgKVerf ist nur ein gefasster Beschluss, nicht aber das bloße Unterlassen eines Beschlusses beanstandungsfähig (Schumacher in BbgKVerf, § 55, Nr. 4.3.). Ich fragte daher die Landesregierung, ob die vom Bürgermeister dennoch erklärte Beanstandung rechtmäßig sei. Dies beantwortete der Minister mit „ja“, wobei dies die gesamte Antwort auf diese juristisch doch komplexe Frage war und mit gehörigem Gelächter garniert wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie kommt der Minister zu dieser rechtlichen Einschätzung?
2. Warum soll die Beanstandung rechtmäßig sein?
3. Welche Auswirkung hat diese konkrete Beanstandung? Welche Regelung wird dadurch aufgehoben?
4. Warum soll der Beschluss der durch den Bürgermeister gewünschten Vorlage zwingend erforderlich sein?

Hinweise zur Beantwortung:

- a) Der Minister hat in der Fragestunde eine inhaltliche Antwort gegeben. Es wurde somit deutlich, dass es hierzu in der Landesregierung eine Bewertung und Meinungsbildung gegeben hat. Daher wäre eine Antwort auf diese (schriftliche) Kleine Anfrage, die etwa darauf zielt, sich an die untere Kommunalaufsicht des Landkreises Teltow-Fläming zu wenden, nicht akzeptabel.
- b) Ich gehe davon aus, dass die Beantwortung der Frage sachlich, parteipolitisch neutral und in einer meine Rechte als Abgeordneter wahrenden Weise erfolgt.